

# Nahostpolitik

Michael L. Bauer/Simon Hartmann

Die weltweite Covid-19-Pandemie wirkte auch im vergangenen Jahr weiterhin konflikt- und krisenverschärfend in der Region Nahost. Vor allem die sozioökonomische und humanitäre Lage verschlechterte sich. Hinzu kam das militärische Aufflammen alter Konflikte wie etwa dem zwischen Hamas und Israel, gescheiterte Wahlen in den Palästinensischen Gebieten und der Sieg eines politischen Hardliners bei den iranischen Präsidentschaftswahlen. Eine dramatische Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage im Libanon stellte weitere Herausforderungen für die europäische Politik gegenüber der Region dar.

Russland, China und die Türkei bauten indes ihr regionales Engagement weiter aus und nahmen dabei nur wenig Rücksicht auf europäische Interessen. Ein Hoffnungsschimmer aus europäischer Sicht war vor diesem Hintergrund die Rückkehr der USA auf die regionale Bühne. Nach der erratischen Politik seines Vorgängers hofft man in Brüssel, dass US-Präsident Joe Biden ein strukturierteres Herangehen zeigen und bereit sein wird, konstruktive, multilaterale Ansätze wieder aufzugreifen. Der Fokus der USA lag mit den Atomverhandlungen mit dem Iran sowie Bemühungen um eine Deeskalation im Jemen zunächst auf der Golfregion. Der desaströse Ablauf und die Folgen des Abzugs der internationalen und vor allem amerikanischen Truppen aus Afghanistan fügte der Einschätzung zur Zuverlässigkeit westlichen Engagements im Allgemeinen großen Schaden zu.

Auf europäischer Ebene bemühte man sich indes mit der Neufassung der südlichen Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik darum, einen kohärenteren und wirkungsvolleren Ansatz für die Region Nordafrika-Nahost zu entwickeln.<sup>1</sup> Bemühungen einzelner Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) oder Staatengruppen, politische Gestaltungs- und Führungsaufgaben zu übernehmen – etwa im Falle Deutschlands durch den sogenannten Berliner Prozess zu Libyen oder im Fall Frankreichs mit Blick auf die wirtschaftliche Krise im Libanon – stellen bis dato aber weiterhin den vielversprechendsten europäischen Ansatz zum Umgang mit Krisen und Konflikten dar und werden durch gesamteuropäische Konzepte allenfalls ergänzt.

## Auswirkungen der Covid-19-Pandemie

Das vergangene Jahr stand weiterhin im Zeichen der Covid-19-Pandemie, die sich in der Region neben den Gesundheitsfolgen vor allem mit Blick auf die sozioökonomische und humanitäre Situation auswirkte. Gerade die im informellen Sektor beschäftigten Menschen waren von Lockdown-Maßnahmen schwer getroffen und neben den Gesundheitssystemen standen auch die ohnehin oft nur schwach ausgebauten sozialen Sicherheitsnetze unter großem Druck. Von Israel und einigen Golfstaaten abgesehen ist die Impfquote in den meisten Staaten der Region nach wie vor niedrig. Vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie versuchen insbesondere China und Russland ihren regionalen

---

1 Europäische Kommission: Pressemitteilung, Southern Neighbourhood: EU proposes new Agenda for the Mediterranean, 9.2.2021, IP/21/426; vgl. hierzu auch den Beitrag „Europäische Nachbarschaftspolitik“ in diesem Jahrbuch.

Einfluss auszuweiten, indem sie Impfstoffe bereitstelle beziehungsweise versprechen, regionale Produktionskapazitäten aufzubauen.<sup>2</sup>

### **Krisenland Libanon**

Der Libanon befindet sich in einer dramatischen politischen und sozioökonomischen Krise. Währungsverfall, Hyperinflation und Versorgungsprobleme in den Bereichen Medizin, Treibstoff und Elektrizität stellen das Land vor große Herausforderungen. Über die Hälfte der Bevölkerung ist von Armut bedroht und es kommt zu einem steigenden Brain Drain.

Die europäischen Bemühungen, die politischen Akteure im Land zu einem Krisenmanagement zu bewegen, wurden zunächst vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron vorangetrieben, der das Land nach der Hafenexplosion in Beirut im August 2020 zweimal besuchte und eine weitreichende Reformagenda zur Voraussetzung für die Gewährleistung internationaler Hilfen machte. Ende Juli 2021 einigte sich die EU auf einen Sanktionsmechanismus, durch den Personen, die den demokratischen Prozess im Libanon unterlaufen, Wahlen und die Regierungsbildung verhindern oder für Korruption verantwortlich sind, unter anderem mit Einreise- und Kontosperrern belegt werden können.<sup>3</sup> Eine Liste der konkret zu sanktionierenden Personen muss allerdings erst noch erstellt werden.

Eine besondere Herausforderung stellte zudem dar, dass der Libanon kaum mehr in der Lage ist, Armee und Sicherheitskräfte zu versorgen. Diese werden in lokaler Währung bezahlt, die jedoch dramatisch an Kaufkraft verloren hat. Die internationale Gemeinschaft vereinbarte vor diesem Hintergrund zusätzliche Schritte zur Versorgung der libanesischen Sicherheitskräfte, um einen weiteren Verfall deren Handlungsfähigkeit und damit verbunden ein drohendes Sicherheitsvakuum zu verhindern.<sup>4</sup>

Im September 2021 gelang es den politischen Parteien im Libanon zwar, sich auf die Einsetzung einer neuen Regierung zu einigen, deren politisches Programm jedoch erst noch vorzulegen ist und deren Handlungsspielräume im Land aufgrund der Machtinteressen der sie unterstützenden Parteien beschränkt sind. Es bleibt abzuwarten, ob die Europäerinnen und Europäer in der Lage sein werden, eine einheitliche Position gegenüber den Eliten im Libanon einzunehmen und über gezielte Sanktionen sowie die Stärkung von Reformakteuren im Land einen Beitrag zur Auflösung der über Jahrzehnte entstanden klientelistischen Strukturen im Land zu leisten.

### **Eskalation zwischen Palästinensern und Israelis**

Der Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis erreichte im vergangenen Jahr erneut die Qualität einer kriegerischen Auseinandersetzung. Im Mai 2021 brachen Gefechte zwischen der Hamas und der israelischen Armee aus, die nach elf Tagen mit einem Waffenstillstand beendet wurden.

Die drohende Vertreibung palästinensischer Familien aus dem Ost-Jerusalem Viertel Scheich Dscharrach sowie Polizeimaßnahmen um den Tempelberg lösten zunächst gewalttätige Auseinandersetzungen auf den Straßen und Plätzen in Jerusalem aus. Die Hamas im Gaza-Streifen nutze die Gelegenheit, sich als Anwältin der palästinensischen Angelegen-

---

2 Samer Al-Trush: Vaccine Diplomacy in the Mediterranean: The contest for influence, in: Med. Dialogue Series 36, Februar 2021.

3 Rat der EU: Pressemitteilung, Libanon: EU nimmt Rahmen für gezielte Sanktionen an, 30.7.2021, 637/21.

4 Reuters: World Powers promise to support Lebanon's army without specifics, 17.6.2021.

heiten zu gerieren, und forderte die israelische Regierung per Ultimatum auf, den Tempelberg zu verlassen.<sup>5</sup> In den folgenden Gefechten zwischen der Hamas und der israelischen Armee verloren 250 Personen ihr Leben. Den Waffenstillstand interpretierten beide Seiten als Sieg für sich.<sup>6</sup> Die israelische Armee beansprucht für sich, wichtige strategische Ziele im Gaza-Streifen zerstört zu haben. Auf der anderen Seite hat die Hamas im palästinensischen Lager gegenüber der Fatah an politischem Profil gewonnen.

Die EU-Mitgliedstaaten nutzten ihre jeweiligen Kanäle zu den Konfliktparteien, um die Verhandlungen für einen Waffenstillstand zu unterstützen. Neben den Resolutionen der Außenministerinnen und -minister der EU suchte die deutsche Regierung den Kontakt zu Israel, während Frankreich versuchte, über Ägypten Einfluss auf die Hamas auszuüben. Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell war in seinem Aktionsradius erneut eingeschränkt, denn im Gegensatz zu den übrigen Mitgliedstaaten verweigerte Ungarn seine Zustimmung zu einer gemeinsamen Erklärung.<sup>7</sup>

### **Am Golf: Hoffnung auf Verhandlungen**

Der Amtsantritt der neuen US-Administration unter Joe Biden hat die Möglichkeit eröffnet, das Atomabkommen mit dem Iran wiederzubeleben. Inzwischen wurden entsprechende Verhandlungen im sogenannten E3+3 Format zwischen dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Deutschland sowie den USA, China und Russland gemeinsam mit dem Iran wieder aufgenommen.

Die Gespräche finden in Wien unter Moderation der EU statt. Die bisherigen technischen Verhandlungen haben lediglich Arbeitsschwerpunkte festgelegt und verschiedene Zeitpläne erörtert. Befürchtungen, dass mit der iranischen Präsidentenwahl am 18. Juni 2021 die Gespräche von Teheran abgebrochen werden würden, entpuppten sich zwar als Irrtum. Allerdings übernahm mit Ebrahim Raisi ein Hardliner die Regierungsgeschäfte.<sup>8</sup> Die Gespräche sollen dennoch im September 2021 fortgesetzt werden.<sup>9</sup>

Die Beendigung des Kriegs im Jemen war eine weitere zentrale Zielsetzung der US-Regierung. Durch Kampfhandlungen und aufgrund der humanitären Folgen des Konflikts sind dort bis zu einer viertel Million Menschen ums Leben gekommen. Durch die Ankündigung, die offensiven Operationen Saudi-Arabiens nicht mehr unterstützen zu wollen, entstand erheblicher Druck auf Riad und damit verbunden nach langer Zeit auch wieder Hoffnung auf eine Beendigung des Kriegs. Bisher zeigten sich jedoch kaum Fortschritte, auch weil weder die Huthi-Rebellen noch deren Verbündeter Iran ein Interesse an einem Ende des Konflikts zu haben scheinen, bei dem sie glauben, derzeit die Oberhand zu haben.<sup>10</sup>

Die europäische Rolle im Jemen beschränkte sich weiterhin in erster Linie auf die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die notleidende Bevölkerung.<sup>11</sup>

5 Patrick Kingsley: After Years of Quiet, Israeli-Palestinian conflict exploded: why now?, in: The New York Times, 15.5.2021.

6 BBC News: Israel-Gaza ceasefire holds despite Jerusalem clash, 21.5.2021.

7 Steven Erlanger: Europe Calls for Immediate Cease-Fire in Israel, in: The New York Times, 19.5.2021.

8 Michael Hirsh: Iran-US Nuclear Talks on a Hair Trigger, in: Foreign Policy, 22.6.2021.

9 Deutsche Welle: EU hofft auf rasche Wiederaufnahme der Atomgespräche mit dem Iran, 7.8.2021.

10 Fabian Blumberg: This War has to end. 100 Tage Beiden und Perspektiven für eine Konfliktlösung im Jemen, in: Konrad-Adenauer Stiftung Länderbericht, April 2021.

11 Europäische Kommission: Pressemitteilung, Jemen: EU unterstützt von Konflikten und Hungernöten bedrohte Menschen, 1.3.2021, IP/21/889.

## **Zehn Jahre Bürgerkrieg in Syrien**

Zehn Jahre nach dem Beginn des syrischen Bürgerkrieges ist der Krieg zwar militärisch zu Gunsten des Assad-Regimes entschieden, ein Friedensschluss ist jedoch nicht in Sicht. Zudem können sich Russland, das sich erfolgreich als relevante Regionalmacht etabliert hat, die Türkei, der es gelang, einen unabhängigen kurdischen Staat zu verhindern und einen türkisch kontrollierte Sicherheitskorridor im Norden Syriens zu etablieren, sowie der Iran, der es schaffte, einen logistischen Korridor bis zum Libanon errichten, als Sieger sehen.<sup>12</sup> Auf der anderen Seite hat das syrische Volk größte Verluste erlitten. Bis zu 600 000 Personen wurden getötet, zwölf Millionen Syrierinnen und Syrier wurden in die Flucht getrieben, davon haben bis zu sechs Millionen ihr Land verlassen. Die Städte, in denen gekämpft wurde, sind zerstört, die Wirtschaft des Landes liegt am Boden. Der Aufbau des Landes wird die Aufgabe ganzer Generationen sein.<sup>13</sup>

Die EU hat es in dieser Zeit nicht vollbracht, positiv auf die Beendigung der Kampfhandlungen einzuwirken. Ihre Strategie bestand dabei immer aus zwei Strängen: Aus einer militärischen Logik heraus unterstütze vor allem die französische Luftwaffe das Vorgehen gegen den „Islamischen Staat“, dieser Handlungsstrang endete in einem Erfolg. Auf der anderen Seite setzte sich die EU mit dem „Brüssel-Prozess“ dafür ein, Hilfgelder für die Unterstützung der Anrainerstaaten bei der humanitären Hilfe zu mobilisieren. Während der zehn Jahre andauernden Krise konnte die EU auf diese Weise 25 Mrd. Euro aufbringen.<sup>14</sup> Die eigentlichen Friedensverhandlungen in Genf unter dem Dach der Vereinten Nationen hingegen konnte keiner dieser Initiativen nachhaltig unterstützen. Die Gespräche sind weiterhin ergebnislos eingefroren.

## **Weiterführende Literatur**

Michael Bauer/Edmund Ratka: On the Search for Order in the Middle East and North Africa, in: KAS-Auslandsinformationen, Oktober 2020, S. 56–67.

Canan Atilgan: Neue Abhängigkeiten. Europäische Verwundbarkeit im Nahen Osten und Nordafrika, in: KAS Auslandsinformationen, Sonderausgabe September 2021, S. 32–34

---

12 Rainer Hermann: Keine Aussicht auf Frieden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.3.2021.

13 Hermann: Keine Aussicht auf Frieden, 2021.

14 Philippe Regnier: „Eine derartige Brutalität hat es im 21. Jahrhundert noch nicht gegeben“, in: Die Welt, 1.4.2021.